Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Medienmitteilung

Zürich, 19. November 2026

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Biodiversitätsschädigende Subventionen sollen weiter geprüft werden
Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Zürich» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 154/2021). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat beauftragt, biodiversitätsschädigende Subventionen auf der kantonalen Ebene zu untersuchen und Reduktionsmöglichkeiten zu prüfen. Die Kommission würdigte die vom Regierungsrat vorgelegten umfangreichen Studienarbeiten. Sie zeigte sich offen für die von der Regierung begonnene Prüfung von neun Subventionen hinsichtlich ihrer Abschaffung, Reduktion oder Umgestaltung. Dabei wiesen Teile der Kommission auf bestehende Zielkonflikte, namentlich in der Landwirtschaft, hin.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

WAK: Postulat zum Thema Bodenabtrag soll abgeschrieben werden
Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und für die Biodiversität» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 183/2024). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat mit der Erstellung eines Berichts zum Thema Bodenabtrag beauftragt. Die Kommission beurteilte den Bericht als fachlich überzeugend.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

WAK: Abrechnung von Wohnungsförderungs-Krediten soll genehmigt werden
Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung zweier Rahmenkredite für die Förderung des Wohnungsbaus und des Wohneigentums zu genehmigen (4141). Die Abrechnung wurde sachlich geprüft und für korrekt befunden.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

WAK: Neuer Rahmenkredit für Arbeitsmarktmassnahmen soll bewilligt werden
Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Rahmenkredit für von Kanton und Gemeinden subventionierte Arbeitsmarktmassnahmen zu beschliessen (6076). Zu diskutieren gab die weiterhin geringe Ausschöpfung der Rahmenkredite. Im Mittelpunkt standen unter anderem die Teilnahmeanreize für Gemeinden und die Frage, ob die Programme nicht niedrigschwelliger gestaltet werden könnten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Parlamentsdienste, Haus zum Rechberg, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: +41 43 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch

KBIK: Die Herkunftssuche für adoptierte Personen soll erleichtert werden
Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zuzustimmen (6059). Die Vorlage setzt die Motion KR-Nr. 100/2024 von SP, Grünen, GLP, EVP und AL um. Mit dieser wurde gefordert, bei illegalen Auslandadoptionen von den Betroffenen keine Gebühren zu erheben und die notwendigen Kosten zu übernehmen. Die Vorlage der Kommission berücksichtigt auch Adoptionen in der Schweiz und unterstützt adoptierte Personen unabhängig von Unregelmässigkeiten im Adoptionsprozess bei der Herkunftssuche. Eine Minderheit (SVP) lehnt die Vorlage ab, da ihr Antrag auf eine Beschränkung der finanziellen Abgeltung von Suchbemühungen auf den Zeitpunkt vor dem Haager Adoptionsabkommen keine Mehrheit gefunden hat. Eine Minderheit (Grüne, EVP) möchte die Pauschale für Suchbemühungen im Ausland von 4'000 auf 5'000 Franken anheben; eine andere Minderheit (SP) möchte diese auf bis zu 12'000 Franken erhöhen, falls entsprechende Kosten nachgewiesen werden können.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK: Wahl des Fachhochschulrates soll genehmigt werden
Die Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat, die Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Fachhochschulrates für die Amtsdauer 2027–2030 zu genehmigen (6110). Eine Minderheit (GLP, SP, Grüne) lehnt die Genehmigung der Wahl von Regierungsrätin Dr. Silvia Steiner ab. Dass ein Mitglied des Regierungsrats gleichzeitig auch den Fachhochschulrat präsidieren soll, verstosse gegen die Regeln der Good Governance. Auch das Fachhochschulgesetz legt nur fest, dass die Bildungsdirektorin/der Bildungsdirektor im Fachhochschulrat Einsitz nehmen, nicht aber, dass sie/er das Präsidium innehaben muss. Eine Minderheit (SP) lehnt die Wahl der beiden neuen Mitglieder Peter Krähenbühl und Sanjay Sing ab, da sie sich ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis im Gremium wünscht.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK: Illegale Auslandadoptionen wurden aufgearbeitet
Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Illegale Auslandadoptionen» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 155/2020). Mit dem Postulat verlangten SP, Grüne, GLP, Mitte und EVP, die Umstände rund um die illegalen Auslandsadoptionen historisch aufzuarbeiten, den Betroffenen uneingeschränkten Zugang zu den Akten zu gewähren und die Archivierung der Akten zu regeln. Der Kanton Zürich hat in Zusammenarbeit mit dem Kanton Thurgau das entsprechende Forschungsprojekt durchgeführt und die Ergebnisse breit publiziert. Er unterstützt die interkantonale «Plattform Internationale Adoptionen» und will mit der Vorlage 6059 die Herkunftssuche für adoptierte Personen erleichtern.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.

Parlamentsdienste, Haus zum Rechberg, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: +41 43 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch